

ZBB 2008, 54

BGB § 280; HWiG § 2

Beweislast des Darlehensnehmers für Ausübung des Widerrufs bei ordnungsgemäßer Belehrung nach HWiG

BGH, Urt. v. 17.04.2007 – XI ZR 130/05 (OLG Frankfurt/M.), EWiR 2008, 35 (Kulke)

Leitsätze:

- 1. Der Schadensersatzanspruch des Darlehensnehmers aus vorvertraglicher Pflichtverletzung gegen den Darlehensgeber, der das Darlehen im Strukturvertrieb zum Immobilienerwerb veräußert und den Darlehensnehmer nicht über das Widerrufsrecht gemäß § 2 HWiG belehrt, setzt ein Verschulden auf Seiten des Darlehensgebers voraus.**
- 2. Der Darlehensnehmer muss für eine erfolgreiche Geltendmachung des Schadensersatzanspruches wegen vorvertraglicher Pflichtverletzung in Form der Nichtvornahme der geschuldeten Belehrung über das Widerrufsrecht gemäß § 2 HWiG konkret beweisen, dass der Belehrungsverstoß für den Schaden ursächlich geworden ist, das heißt, dass er den Darlehensvertrag bei ordnungsgemäßer Belehrung tatsächlich widerrufen hätte.**
- 3. Auf die Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens kann sich der Darlehensnehmer nicht berufen, wenn es nicht nur eine bestimmte Möglichkeit zur Reaktion für den Darlehensnehmer gibt.**